

Der unaufhaltsame (?) Niedergang der FDP: Bemerkungen zum Wahlausgang 2011

Wie *Abbildung 1* zeigt, hat die FDP seit Ende des Ersten Weltkriegs ihre dominierende Stellung im Parteiensystem der Schweiz eingebüsst: Gemessen an ihrer Stärke bei Nationalratswahlen sank sie von 32.8 Prozent im Jahr 1919 auf 15.8 Prozent im Jahr 2007 und büsste damit 45 Prozent ihres Stimmenanteils ein.¹⁾ Nimmt man die Liberale Partei Schweiz (LPS) dazu, mit der sie inzwischen fusioniert hat, ging der Stimmenanteil von 32.7 im Jahr 1919 auf 15.1 Prozent in diesem Jahr und damit um 53.8 Prozent zurück. Dabei sind 3 Phasen zu unterscheiden. Bis zum Beginn des 2. Weltkriegs verlor sie Wähler insbesondere an die Linke sowie an den Landesring der Unabhängigen (LdU). Anschliessend konnte sie sich konsolidieren und erreichte einen letzten Höhepunkt im Jahr 1979 mit 24 Prozent (bzw. einschliesslich der LP 26.8 Prozent). Danach ging es zunehmend steiler bergab, zwischen 1979 und 2011 verlor

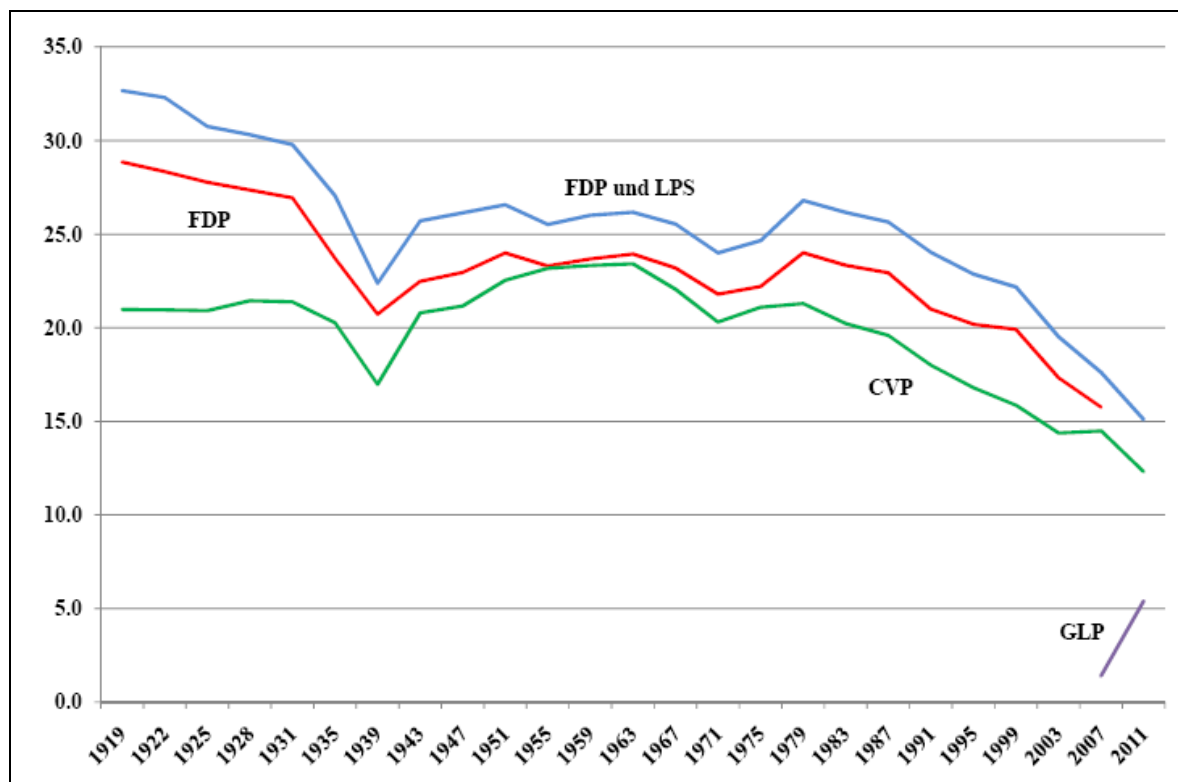


Abbildung 1: Stärke von FDP und CVP in den Nationalratswahlen, 1919 – 2011

1. Quelle der Daten: *Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2011*, Digitale Ausgabe, *Tabelle 17.2.3.3.1*, http://www.politik-stat.ch/nrw2011CH_de.html (25/10/11).

sie 37 Prozent ihrer noch verbliebenen Wählerschaft. Dabei konnte sie in dieser Zeit weder vom Niedergang des Landesrings noch von den Verlusten der Sozialdemokraten profitieren; letztere kamen vor allem den Grünen zugute. Bei den diesjährigen Nationalratswahlen konnte sie auch nicht vom Rückgang der SVP profitieren; sie hat sie sogar mehr verloren, als sie durch die Fusion mit der LPS gewonnen hatte.

Im gleichen Zeitraum hat auch die CVP erheblich an Wähleranteilen und an Bedeutung verloren: Zwischen 1979 und 2011 sank ihr Stimmenanteil von 21.3 auf 12.3 Prozent und damit um 42.3 Prozent. Nachdem sie sich bei den Wahlen im Jahr 2007 – vermutlich wegen des Leuthard-Effekts – kurzfristig stabilisiert hatte, hat sie auch in diesen Wahlen wieder deutlich verloren.

Die Tatsache, dass die CVP ähnliche Verluste hinnehmen musste, kann für die FDP kein Grund dafür sein, nicht nach den Ursachen der Verluste in den letzten 30 Jahren zu fragen. Immerhin ist sie jene Partei, die nicht nur den Bundesstaat im Jahr 1848 wesentlich gegründet hat, sondern die auch in den ersten 50 Jahren dieses Staates die weitestgehend dominierende Kraft und bis zum Jahr 1999 die stärkste bürgerliche Partei war. Die CVP hat (mit Ausnahme des Ständerats) immer nur die zweite Geige spielen können.

Abnahme der religiösen Bindung

Eine wesentliche Ursache dieses Niedergangs, welche die FDP gemeinsam mit der CVP hat, dürfte die Abnahme religiöser Bindungen in der Bevölkerung sein. So wie die CVP (bzw. ihre Vorgängerorganisationen) ursprünglich die katholischen Bevölkerungsschichten repräsentierten, war die FDP von Beginn an nicht nur eine liberale Partei, sondern auch die Partei des reformierten Bürgertums. Die Abnahme religiöser Bindungen in der Bevölkerung, die in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hat, hat nicht nur die CVP, sondern auch die FDP erfasst. Allerdings scheint man sich dieser Entwicklung in der FDP weniger bewusst gewesen zu sein als in der CVP, wo die Rolle des 'C' im Namen bzw. im Programm der Partei immer wieder thematisiert wurde. Für beide Parteien gilt jedoch, dass dieser Prozess, der nicht nur in der Schweiz zu beobachten ist, nicht umkehrbar sein dürfte, weshalb die Frage beantwortet werden muss, wie sich eine Partei auf der Basis des christlichen bzw. des liberalen Gedankenguts erfolgreich positionieren kann, wenn sie in ihrer politischen Bedeutung nicht an den Rand gedrängt werden will.

Die Umweltpolitik der FDP

In den neunziger Jahren, als Franz Steinegger Präsident der FDP Schweiz war, gab es in der Partei intensive Diskussionen über umweltpolitische Probleme, und etliche Parlamentarier aus National- und Ständerat engagierten sich, um ihrer Partei ein umweltpolitisches Profil zu geben. Die Nachfolger Steineggers blockten diese Entwicklung ab; umweltpolitische Anliegen wurden einzig und allein unter dem Aspekt betrachtet, inwieweit sie den Interessen der Wirtschaft dienen. Der Tiefpunkt in dieser Entwicklung war die (gegen erhebliche Widerstände auch innerhalb der Partei erfolgte) Lancierung der Initiative zur Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts. Diese Initiative erhielt nicht nur am 30. November 2008 mit einem Neinstimmen-Anteil von 66 Prozent trotz kräftiger Unterstützung durch die SVP vom Stimmbür-

ger die zu erwartende deutliche Abfuhr, sondern sie dokumentierte auch nach aussen, dass die Partei für umweltpolitische Anliegen nicht mehr offen ist.

Die fast notwendige Konsequenz daraus war die Gründung der Grünliberalen Partei, die bei diesen Wahlen mit 5.4 Prozent der Wählerstimmen und insgesamt 12 Nationalratsmandaten in erheblichem Umfang Stimmen auf sich gezogen hat, die früher der FDP zugute kamen. Diese Stimmbürgerinnen und Stimmbürger denken politisch wie auch wirtschaftlich liberal, wollen aber die Anliegen des Umweltschutzes nicht bedingungslos wirtschaftlichen Interessen unterordnen. Die Politik der FDP, die sich in den letzten 10 Jahren fast nur noch als Partei der Wirtschaft verstanden hat, bietet ihnen keine Heimat mehr. Da andererseits die Grünen in der Schweiz zwar Anliegen des Umweltschutzes vertreten, politisch aber sehr stark links ausgerichtet sind, sind diese für sie auch nicht wählbar.²⁾ Deshalb hat die Grünliberale Partei gute Chancen, längerfristig zu überleben. Dies ist ähnlich, aber doch etwas anders als in Deutschland. Dort bindet die Partei Bündnis 90/Die Grünen seit längerem erfolgreich bürgerliche Wähler an sich, denen der Schutz der natürlichen Umwelt ein besonderes Anliegen ist. Die deutschen Grünen sind mit ihrem ‚Realo-Flügel‘ sehr viel pragmatischer und deshalb für bürgerliche Wähler eher wählbar als die Grüne Partei Schweiz.

In welche Richtung sollte eine Neuausrichtung gehen?

Die Stärkung der Grünliberalen Partei in diesen Wahlen dürfte durch den Unfall im Kernkraftwerk Fukushima zwar befördert worden sein, diese Partei hätte aber auch ohne diesen Unfall vermutlich erheblich zugelegt. Die FDP ist heute daher in einer ausserordentlich schwierigen Lage. Wenn sie sich weiterhin in erster Linie als ‚Partei der Wirtschaft‘ sieht, wird sie längerfristig unter die 10 Prozent Marke fallen. Der Teil der Wählerschaft, den sie mit einem solchen Programm an sich binden kann, ist sehr begrenzt. Als Mittepartei könnte sie zwar bei Abstimmungen im Parlament gelegentlich das Zünglein an der Waage spielen, aber ihre Einflussmöglichkeiten auf die Politik der Schweiz werden gegenüber heute stark eingeschränkt sein. Sie sieht sich heute jedoch nicht mehr als Mittepartei, sondern politisiert bewusst rechts der Mitte.³⁾ Dieser Versuch, durch eine Annäherung an die SVP, zwar nicht im Stil, aber doch in der Programmatik, zu dieser abgewanderte Wähler zurückzugewinnen, dürfte kaum erfolgreich sein. Nicht zuletzt dies sollte auch eine Lehre aus dem diesjährigen Wahlergebnis sein.

Will die FDP nicht in die Bedeutungslosigkeit absinken, ist eine personelle, vor allem aber eine inhaltliche Neuausrichtung unumgänglich. Hierzu gehört zum einen eine klar liberale Ausrichtung, wobei der *politische* Liberalismus mindestens so stark zu gewichten ist wie der *wirtschaftliche*. Dazu gehört aber auch eine stärkere Berücksichtigung umweltpolitischer An-

2. Nach dem Parlamentarier-Rating des Jahres 2010 stehen die Abgeordneten der Grünen Partei Schweiz signifikant weiter links als diejenigen der Sozialdemokratie. Siehe hierzu M. HERMANN und B. JEITZNER, Das Links-rechts-Rating: klare Fronten, *Neue Zürcher Zeitung* Nr. 276 vom 26. November 2010, S. 13. (Der Mittelwert der SP beträgt -9.02, derjenige der GP -9.45, ein t-Test ergibt 3.12, was auf dem 1 Prozent-Niveau signifikant ist.

3. Siehe hierzu z.B. FULLIO PELLI auf der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz Rapperswil (SG) am 19. Januar 2008: „Dazu brauchen wir unsere eigene, unverwechselbare Marke FDP: Rechts der Mitte aber nicht à la SVP.“ (http://www.fdp.sg/download.php?file_id=829&download=true (25/10/11)).

liegen. Ob die bisher erkennbaren, eher zaghaften und in der Partei offensichtlich umstrittenen Ansätze in dieser Richtung ausreichen, verlorene Wähler zurückzugewinnen, ist mehr als fraglich. Eine andere, mehr Erfolg versprechenden Option ist derzeit jedoch nicht erkennbar.

© Gebhard Kirchgässner